

Politik als Beruf

Georg Eckert · Leonard Novy
Dominic Schwickert *Hrsg.*

Zwischen Macht und Ohnmacht

Facetten erfolgreicher Politik



Springer VS

Politik als Beruf

Herausgegeben von

Prof. Dr. Klaus Schubert

Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Georg Eckert • Leonard Novy
Dominic Schwickert (Hrsg.)

Zwischen Macht und Ohnmacht

Facetten erfolgreicher Politik

Herausgeber

Dr. Georg Eckert
Bergische Universität Wuppertal
Deutschland

Dominic Schwickert
Das Progressive Zentrum e.V. Berlin
Deutschland

Dr. Leonard Novy
Institut für Medien- und
Kommunikationspolitik Berlin
Deutschland

ISBN 978-3-531-18007-6
DOI 10.1007/978-3-531-18951-2

ISBN 978-3-531-18951-2 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Inhalt

Erfolgreiche Politik! Zwischen Macht und Ohnmacht – eine Einleitung	11
<i>Georg Eckert/Leonard Novy/Dominic Schwickert</i>	
Vom Wesen und Unwesen erfolgreicher Politik – ein Versuch	31
<i>Georg Eckert</i>	
Ziele, Mittel, Vermittlungswege: Drei Erfolgsdimensionen von Politik – zum Aufbau des Bandes.....	47
<i>Georg Eckert/Leonard Novy/Dominic Schwickert</i>	

A. Ziele und Werte

I. Motive	59
Die Kunst der Politikgestaltung	60
<i>Wolfgang Gerhardt</i>	
Politiker als Problemlöser	69
<i>Franz Müntefering</i>	
Beruf und Berufung: Facetten des politischen Erfolgs	75
<i>Gregor Gysi</i>	
Rückgrat und Kompromissfähigkeit	78
<i>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</i>	
Ein gutes Leben jenseits der Politik: Ausstieg aus der Berufspolitik	84
<i>Andrea Fischer</i>	
II. Orientierung	95
Was ist politischer Erfolg?	96
<i>Erhard Eppler</i>	

Wirklichkeitsorientierung und Werteorientierung	99
<i>Erwin Teufel</i>	
Politik als Lehrmeisterin der Demut	102
<i>Annette Schavan</i>	
Politik als moralische Instanz? Für einen Tugendkatalog für das 21. Jahrhundert	108
<i>Lars Castellucci</i>	
Vertrauen als politische Führungsressource	116
<i>Knut Bergmann</i>	
III. Wissen	125
Lernen und Lernfähigkeit in der Politik	126
<i>Gesine Schwan</i>	
Zukunft braucht Innovationen	129
<i>Jürgen Rüttgers</i>	
Politische Programmierungen: Ein kleiner Werkzeugkasten für die Entwicklung politischer Programme	134
<i>Peter Siller</i>	
Politiker in den Sozialen Medien: Neue Möglichkeiten für neues Wissen?	150
<i>Stefan Collet/Oliver Liedtke/Henrik Schober</i>	
 B. Mittel und Wege	
I. Konzeption	163
Nachhaltige Politik als Strategie	164
<i>Matthias Machnig</i>	
Ohne Ambition ist alle Strategie nichts	173
<i>Ralf Tils</i>	

Ideen, die zur materiellen Gewalt werden: Die Linke zwischen Höhenflug, Stagnation und neuem Aufbruch	180
<i>Dietmar Bartsch</i>	
Drei Typen Politiker	188
<i>Daniel Friedrich Sturm</i>	
Zeit in der Politik	194
<i>Christopher Gohl</i>	
II. Koordination	205
Der Strippenzieher: Eine Ehrenrettung	206
<i>Bodo Hombach</i>	
Vom Handwerk guten Regierens: Bekenntnisse eines Pragmatikers	211
<i>Kurt Beck</i>	
Jenseits von Strategie und Taktik: Bedingungen erfolgreicher Politik	220
<i>Christoph Habermann</i>	
Kapitän auf klarem Kurs? Der Politiker als Wahlkämpfer	225
<i>Frank Stauss</i>	
Politische Führung und Persönlichkeit	231
<i>Mark T. Fliegeauf</i>	
Wie erfolgreich kann Regieren heute sein? Überlegungen zur Rationalität und zur Strategiefähigkeit von (erfolgreichen) Regierungen	240
<i>Friedbert W. Rüb</i>	
III. Kooperation	257
Der gelungene Kompromiss: Verhandeln mit Leidenschaft und Augenmaß	258
<i>Olaf Scholz</i>	
Mühen der Abstimmung: Die CSU im Spannungsfeld der deutschen Politik	263
<i>Gerda Hasselfeldt</i>	

Verhandlungen führen, Bündnisse schließen und Loyalitäten sichern	270
<i>Julia Klöckner</i>	
Disziplin ist alles! Ist Disziplin alles?	275
<i>Wolfgang Bosbach</i>	
Unterstützer mobilisieren, Gegner bekämpfen: Politische Praktiken des Machterwerbs und Machterhalts	279
<i>Timo Grunden</i>	
Politik der Freundschaft, Freunde in der Politik	291
<i>Michael Miebach</i>	

C. Monolog und Dialog

I. Text	301
Strategische Kommunikation in der vernetzten Gesellschaft	302
<i>Alastair Campbell</i>	
Sagen, was wirklich Sache ist	308
<i>Boris Palmer</i>	
Denken in Worten	311
<i>Elisabeth Wehling</i>	
Von Heuschrecken und spätrömischer Dekadenz: Strategien im Kampf um Aufmerksamkeit	320
<i>Fabian Braun</i>	
II. Kontext	329
Politik in der medialen Echtzeitdemokratie	330
<i>Peter Hausmann</i>	
Allianzen, Argumente, Ausdauer: Faktoren für erfolgreiche Politik auf europäischer Ebene	340
<i>Michael Cramer</i>	

Zwischen den Gipfeln ist Ruh': Zur politischen Kommunikation im Mehrebenensystem der Europäischen Union	350
<i>Claudia K. Huber</i>	
Politik als Beruf 2.0	358
<i>Christoph Bieber</i>	
Marktplatz oder Maschinenraum? Politischer Erfolg und dessen Nachhaltigkeit in der Mediendemokratie	368
<i>Max Haerder</i>	
III. Klartext	373
Die neue Direktheit	374
<i>Stefan Leifert</i>	
Ein Mann, ein Wort	381
<i>Wolfgang Kubicki</i>	
Unterhaltung und erfolgreiche Politik: Ein Blick hinter den Vorhang des Politainments	388
<i>Jens Müller</i>	
Politik der Gefühle: Über die emotionale Aufladung politischer Botschaften	399
<i>Thomas Hofer</i>	
Die Abwertungsfalle: Politiker im Zwiespalt zwischen Berlin und Wahlkreis	408
<i>Hanno Burmester</i>	
Autorenverzeichnis	417
Personenregister	427

Erfolgreiche Politik! Zwischen Macht und Ohnmacht – eine Einleitung

Georg Eckert/Leonard Novy/Dominic Schwickert

„Wenn man in unserer Zeit über Politik reden will, so muss man mit den Vorurteilen beginnen, die wir alle, wenn wir nicht gerade Berufspolitiker sind, gegen Politik hegen“.¹ Dass zumal Parteipolitiker wahlweise machtvessenen oder machtvorgessenen oder beides zugleich seien, gehört wohl noch zu den harmloseren Gemeinplätzen, die längst nicht mehr allein am Boulevard zu finden sind. Diese zeitkritische Diagnose, die Hannah Arendt der Gesellschaft bereits vor einigen Jahrzehnten gestellt hat, hat an Aktualität nichts eingebüßt – ganz im Gegenteil, vielleicht kennzeichnet sie sogar das Wesen moderner Politik selbst oder gar der Politik überhaupt. Jedenfalls wird diese Diagnose unterdessen noch verschärft vorgetragen. Vorurteile gegen Politik haben nunmehr auch unter machtbewussten Berufspolitikern in ungekannter Tiefe und Geschwindigkeit um sich gegriffen. Zuletzt hat die Finanz- und Staatsschuldenkrise, die Europa seit 2008 im Griff hat, wie ein Katalysator gewirkt und aus einem latenten Unbehagen über geringes politisches Steuerungsvermögen ein grundsätzliches Ohnmachtsgefühl werden lassen, das sogar vermeintlich wohlinformierte Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erfasst hat. Die Sorge, inwiefern erfolgreiche Politik möglich sei, ist längst der pessimistischen Frage gewichen, inwiefern überhaupt noch Politik möglich sei. Denn ihre Herausforderungen durch eine ungekannte Komplexität und einen ungekannten Aktualitätsdruck, die aus Globalisierung und Medienwandel resultieren, sind mannigfaltig – und in einer neuartigen Weise umfassend. Politik muss die Grenzen ihre Wirkungsweise und ihre Wirksamkeit neu bestimmen, um erfolgreich sein und Zukunft gestalten zu können.

1. Von den Grenzen der Wirksamkeit der Politik in einer komplexen Welt

Politik muss an der Wende zum 21. Jahrhundert in gewisser Weise neu gedacht und gemacht werden, weil manche routinierten und liebgewonnenen Handlungsarten und Überzeugungen nicht mehr genügen. Die Wirklichkeit der globalisier-

ten Welt löst zwar manche der alten, schafft dafür aber zahlreiche neue Probleme – praktische wie theoretische. Hauptsorge der Politik ist heutzutage nicht mehr, wie Wilhelm von Humboldt es am Ende des 18. Jahrhunderts in liberalem Geiste formuliert hat, die „Bestimmung der Gegenstände, auf welche die einmal eingerichtete Regierung ihre Tätigkeit zugleich ausbreiten und einschränken muß“.² Aus selbstaufgelegter Bescheidung des Staates ist mittlerweile schieres Unvermögen struktureller Art geworden: Längst kann der freiheitliche Nationalstaat gar nicht mehr regeln, was seine Bürger geregelt wissen möchten. Nicht nur seine Voraussetzungen,³ sondern auch seine Zwecke vermag er nicht einzuholen. Gleichwohl bleibt er die primäre politische Handlungs- und Legitimationsinstanz, selbst in überstaatlichen Verbänden wie der Europäischen Union.

Namentlich die Globalisierung beschert dem Nationalstaat freilich ein gravierendes Handlungsproblem: Phänomene wie die Finanzkrise am Beginn des 21. Jahrhunderts oder auch der Klimawandel, den man bereits das „größte Marktversagen der Geschichte“⁴ genannt hat, zeigen die Grenzen einzelstaatlicher Gestaltungsmacht auf. Entscheidungsbefugte und handlungsrelevante Instanz sind nicht identisch, Wirkungsraum und Verantwortlichkeit klaffen auseinander: Staaten mit schwacher Umweltgesetzgebung zerstören die sorgsam gehegte und gepflegte Natur in angrenzenden Staaten mit scharfer Umweltgesetzgebung, Staaten mit freigebigem Budgetverhalten gefährden in gemeinsamen Währungsräumen auch Staaten mit von harten Sparauflagen geprägten Finanzpolitik. Was Wähler und Politiker in einem Land entscheiden, wirkt sich auf Wähler und Politiker in anderen Ländern teils unmittelbar aus – Staaten und Gesellschaften befinden sich in mannigfacher Abhängigkeit voneinander, in Interdependenz. Nicht umsonst erweisen sich just Finanz- und Klimapolitik, deren Ursachen wie Auswirkungen nationale Grenzen besonders leicht und stetig überschreiten, als besonders neuralgische Politikfelder; auf ihnen wird zudem nicht nur die schon hinreichend anspruchsvolle Gerechtigkeit zwischen einzelnen Staaten, sondern auch solche zwischen diversen Gruppen und ganzen Generationen verhandelt.

Gänzlich neu kann man diese Entwicklungen hin zur Interdependenz freilich nicht nennen, die spätestens seit dem 19. Jahrhundert mehr oder minder ungebrochen anhält;⁵ ob sich die Welt heute komplizierter darstellt als etwa nach dem Ende des Ersten Weltkriegs oder nach dem Zerfall des Ostblocks, ist ohnehin schwer zu sagen. Zweifellos aber ist sie vielschichtiger geworden, keine Beschreibung trifft ihr Wesen genauer als diejenige der Komplexität⁶ – „Umschlungensein“⁷ ist zur Grundbefindlichkeit der Moderne geworden. Die immer engmaschigere Vernetzung wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Entwicklungen auf der gesamten Erdoberfläche fordert und fördert Flexibilität und Kurzfristigkeit;

weil Menschen und Kapital immer mobiler geworden sind, brechen bislang feste Gewebe auf und vernetzen sich neu. Alles hängt mit allem zusammen, Staaten, Gesellschaften, Märkte, Kulturen.

Im Schlagwort der Globalisierung bündeln sich Handlungsmotive und Rückkopplungseffekte dieser Verflechtungen. Globalisierung weicht letztlich die traditionelle Abgrenzung zwischen nationaler und internationaler Sphäre sowie Wirklichkeit und Konzeption staatlicher Souveränität auf, „entstaatlicht“⁸ sozusagen: Wer im Sinne der klassischen Lehre Jean Bodins⁹ nunmehr „höchste Befehlsgewalt“, Richter in letzter Instanz sei, ist international beileibe noch nicht entschieden. Nationale und internationale Ordnungen, staatliche und nichtstaatliche Akteure, globale Trends und partikuläre Rechtssetzungen liegen im Widerstreit. Spürbar, wahrnehmbar, diskutierbar – eine „Weltöffentlichkeit“ besteht bislang nur im metaphorischen Sinne – werden all diese Entwicklungen indes erst auf nationaler Ebene, obschon sie der internationalen Regelung bedürfen.

Das braucht hier alles im Einzelnen nicht ausgeführt zu werden, sondern lässt sich auf ein Prinzip reduzieren: Interdependenz und Vermittlungsanstrengungen zwischen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren („Governance“) etablieren sich als Signum einer Epoche, in der sich die normativen Anforderungen und Erwartungen an Politik nicht verändert haben, deren praktische Handlungsbedingungen aber sehr wohl. Der Nationalstaat bleibt bestehen, aber verliert an Gestaltungsmacht.¹⁰ Immer schwerer lassen sich „hausgemachte“ von „fremdgemachten“ Problemen unterscheiden; keine sozial- oder wirtschaftspolitische Maßnahme im Einzelstaat kann vom Globus isoliert konzipiert werden, wenn sie zum Erfolg führen soll. Darin besteht die erste wesentliche Herausforderung für erfolgreiche Politik in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Aus all diesen Entwicklungen ergibt sich eine zweite prinzipielle Herausforderung nicht nur, aber insbesondere für erfolgreiche Politik in Deutschland: Weder Politik noch das politische Denken vermögen allzeit so schnell zu reagieren, wie sich die Welt verändert. Der Sog der Beschleunigung zieht Politik in einen enormen Veränderungstrichter hinein;¹¹ diese scheint zumal wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen nur noch hinterherzuhinken, statt sie antizipieren und problematisieren zu können. Ökonomische Konkurrenz prämiert Schnelligkeit, politische Konkurrenz hingegen wirkt ihr entgegen, weil ihre Zyklen gleichsam Entschleunigung erzwingen – Fristen etwa für Gesetzgebungsverfahren sollen just verhindern, dass aggressive, schnelllebige Interessengruppen die Parlamente überrumpeln. Im politischen System gerade der deutschen, föderalen Demokratie ist Ineffizienz gleichsam Programm, temporäre Ohnmacht nachgerade Vorzug. Wer nach der handlungsschnellsten, machtvollsten Herrschaftsform sucht,

wird letztlich bei einer Diktatur von Experten landen – oder einem Modell, wie es China beispielsweise erhebliche Wachstumsraten beschert, aber den chinesischen Bürgern doch Demokratie und Freiheit vorenthält. Das verdrängt, wer chronisch verspätete Lösungen aktueller Probleme durch die Politik beklagt, die gestern andere waren, als sie morgen sein werden.

Nicht nur auf politische Prozesse bezieht sich diese Sorge, die zugleich eine weitere wesentliche Herausforderung aufwirft: ein Erkenntnisproblem. Denn zu jedem beliebigen Sachverhalt sind dank Differenzierung und Digitalisierung der „Wissengesellschaft“¹² so viele Informationen zugänglich, dass kaum jemand sie noch verarbeiten kann, auch nicht Staatskanzleien und Parteizentralen. Aus Wissenswachstum und Wissenszugänglichkeit speist sich auch die fatale Annahme, die Folgen („outcomes“) politischen Handelns ließen sich mit absoluter Gewissheit vorhersagen – die optimistische Prämisse etwa, dass eine antizyklische Konjunkturpolitik „so gut wie unfehlbar“ sei,¹³ hat zum rapiden Anstieg der Staatsverschuldung seit den 1970er Jahren ihren Teil beigetragen. Manche Planungssillusionen aus den 1960er Jahren, wiewohl in der Praxis rasch gescheitert und aufgegeben,¹⁴ prägen nichtsdestotrotz noch immer überzogene Erwartungshaltungen. Dabei ist politisches beziehungsweise staatliches Handeln stets auch von externen Einflüssen abhängig, die in ihrer Wirkung nur bedingt kontrollierbar sind und dadurch politisch gewollte Entwicklungen abschwächen oder sogar zunichtemachen können. Politik ist voller Friktionen. Wer sie allesamt vermeiden können zu glaubt, erhöht den Druck auf das politische System noch. Ohnehin schwächt der immense Veränderungsdruck der Globalisierung signifikant, was Robert Musil einmal als „Möglichkeitssinn“ bezeichnet hat: die Fähigkeit, „alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht weniger wichtig zu nehmen als das, was nicht ist“.¹⁵ Politik wirkt dann ins Leere oder gar nicht.

2. Je schon „globalisiert“: Wirkungsweisen von Politik in Deutschland

Die Globalisierung verteilt Macht neu. Sie hat zwar Schatten-,¹⁶ aber auch Lichtseiten.¹⁷ Strukturell betrachtet, sind ihre Effekte den Deutschen längst vertraut. Sie kennen das gewaltige Gestaltungs- wie Störpotential einer komplexen, interdependenten Welt. Denn das deutsche politische Betriebssystem ist je schon auf Komplexität und Interdependenz programmiert. Deutschland erweist sich als „Paradebeispiel für einen Verbundföderalismus, der stärker auf die Kooperationen zwischen den staatlichen Ebenen setzt“.¹⁸ Das scheinbare babylonische Sprachgewirr der globalisierten Welt steht in struktureller Analogie zur innerdeutschen Situation, die Theodor Heuss 1949 in seiner Antrittsrede als Bundespräsident the-

matisiert hat: „In Deutschland wird in den einzelnen Ländern nicht nur sprachlich, sondern auch politisch ein verschiedener Dialekt gesprochen. Das schadet nichts. Es ist nur zu wünschen, daß die, die diese verschiedenen Dialekte sprechen, der gemeinsamen Grundsprache sich je und je bewußt bleiben“.¹⁹

Was eine globalisierte Welt nötig macht, existiert in Deutschland bereits und setzt sich mittlerweile auch in der Europäischen Union fort. Ohnmacht einer Institution allein hat auch ihre Vorzüge. Denn Politik findet hierzulande in verschiedenen Arenen und auf verschiedenen Ebenen statt, die eng miteinander verschränkt sind, aber doch ganz unterschiedliche Handlungslogiken aufweisen – formelle wie informelle. Was das Grundgesetz beispielsweise über das Zusammenwirken von Bund und Ländern vorschreibt, steckt lediglich einen theoretischen Rahmen ab, der in der Verfassungspraxis erheblich erweitert wird. Im Kleinen zeigt sich in den letzten Jahren in Deutschland zudem, was in der Globalisierung im Großen und Ganzen der Welt zu beobachten ist: Es lassen sich immer mehr Gruppen von immer besser vernetzten Akteuren feststellen, die in immer flüchtigeren Diskussionen immer flexibler agieren und neue Entscheidungszentren eröffnen, die in keiner Verfassung und keinem Staatsvertrag kodifiziert sind. Politische Prozesse sind immer anspruchsvoller, da sie diskursabhängiger und unkalkulierbarer geworden sind – informelle Kommunikations- und Entscheidungswege gewinnen an Bedeutung.

Das politische System Deutschlands ist davon indes seit jeher geprägt, schon weil seine Struktur eine föderale ist und Koalitionskonstellationen zwischen zwei (oder sogar mehr) Parteien auf allen Ebenen die parlamentarische Regel bilden. Beispielsweise führt die bundesstaatliche Struktur in Deutschland dazu, dass Länderregierungen über den Bundesrat teils parteipolitisch agieren und die Positionen der Bundesparteien übernehmen, teils aber auch gegen die Parteiführung die Interessen ihrer Länder vertreten. Strukturelle Gegensätze bestehen zwischen den Ebenen, zwischen den beteiligten Partei-Akteuren, auch innerhalb der einzelnen Ebenen: Konfliktlinien verlaufen beispielsweise zwischen neuen und alten, zahlenden und empfangenden, Flächen- und Stadtstaaten.

Politischen Entscheidungen in Deutschland gehen folglich oftmals langwierige und zähe Initiierungs-, Verständigungs- und Aushandlungsprozesse voraus, die aktiv gestaltet werden wollen. Die Koalitionsdemokratie lagert wesentliche Beschlüsse nicht selten aus den formell zuständigen Institutionen wie dem Kabinett aus und verankert sie stattdessen in Koalitionsrunden sowie informellen Gesprächen der Parteispitzen und Fraktionsführer. So ist es nicht zuletzt auf die Koalitionsdemokratie zurückzuführen, dass politische Fortschritte oft nur durch machtpolitische Formelkompromisse und Koppelgeschäfte erzielt werden können.

Der Wettbewerbslogik der Parteiendemokratie mit dem Streben nach parteipolitischer Profilierung steht dabei die Kooperationslogik der Verhandlungsdemokratie gegenüber. Sie zwingt die politischen Akteure zum Kompromiss, denn auch die zahlreichen Verhandlungsarenen – seien sie fraktions- oder parteiintern, innerhalb von Koalition und Regierung, bei Verbänden und Interessenvertretern, föderal oder im Mehrebenensystem der Europäischen Union verortet – sind zentrales Merkmal politischer Entscheidungsprozesse. Gerade die unterschiedlichen Systemlogiken, Akteurskonstellationen und Interessenlagen im föderalen Geflecht von Konsens- und Parteiendemokratie machen Politik und Regieren in Deutschland so komplex – und mithin sensibel für die abstimmungsintensiven Herausforderungen der Globalisierung. So schlecht funktioniert das hiesige politische System im Übrigen nicht: Der vielfach beklagte „Reformstau“ der 1990er Jahre etwa hat sich aufgelöst, in vielerlei Hinsicht präsentiert sich Deutschland derzeit in einem besseren Zustand als vermeint straffe, zentralistisch organisierte Staaten mit kürzeren Entscheidungswegen.²⁰

Freilich gerät die traditionell auf eine breite Konsensbildung programmierte politische Kultur Deutschlands unter einen erheblichen Veränderungsdruck. So sorgen gesellschaftliche Veränderungen für ein wechselhaftes Wählerverhalten, lassen politische Mehrheiten immer unsicherer werden und führen zu neuen Kompromiss- und Koalitionswängen. Diese Entwicklung geht einher mit und wird noch gefördert durch eine wachsende Distanz zwischen Parteien und Gesellschaft: Die Mitgliederzahlen der Parteien schwinden, traditionelle Parteibindungen lösen sich auf, die Wahlbeteiligung geht zurück – das alles sind deutliche Indikatoren einer Glaubwürdigkeits- und Imagekrise der Politik. Gerade die großen Volksparteien sind dabei, ihre traditionelle Integrations- und Vermittlungsfunktion, ihre Rolle als Bindeglied zwischen regierender Repräsentanz und regiertem Volk zu verlieren.

Zwar hat möglicherweise keine andere öffentliche Einrichtung seit der Deutschen Wiedervereinigung „so eklatant an Vertrauen“ verloren wie die politischen Parteien und die Institutionen der Politik.²¹ Das kann man natürlich polemisch zuspitzen und mit Dekadenz-Szenarien aufladen.²² Aber ein Niedergang der politischen Kultur braucht sich hinter solchen Diagnosen keineswegs zu verbergen, die Grenzen zwischen „Mutbürgern“ und „Wutbürgern“ verlaufen fließend. Gemeint sind in beiden Fällen immerhin politisch engagierte Bürger, die ihre Kenntnisse und Meinungen geltend machen wollen. Skepsis gegenüber Politik(ern) kann eine existentielle Gefahr für die Demokratie darstellen, wie das Beispiel der Weimarer Republik zeigt: Das Parlament wurde als „Apparat“, „Betrieb“ und „Maschi-

ne“ des Parteiengzänks wahrgenommen, sodass die moralischen Grundlagen der jungen Demokratie schwanden.²³

Skepsis gegenüber Politik(ern) kann zugleich eine enorme Chance für die Demokratie darstellen und repräsentiert geradezu einen Herzenswunsch der klassischen Demokratietheorie, weil die Öffentlichkeit kritisch und permanent Rechenschaft einfordert sowie Partizipationsansprüche anmeldet: Nicht die Entfremdung von Bürgern und Demokratie, sondern die „Entfremdung zwischen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten“²⁴ erweist sich als Kernproblem, das so neu wiederum auch nicht ist: „Das Konzept einer faktischen Vertretung aller Kategorien der Bevölkerung durch Personen jeder einzelnen Kategorie ist vollkommen utopisch“²⁵ haben schon die Federalists als Hebammen der US-amerikanischen Verfassung erkannt. Möglichst viele Bürger sollen in Prozesse eingebunden werden, ist allenthalben zu lesen. Das allerdings setzt voraus, dass sich möglichst viele Bürger auch möglichst intensiv informieren. Und entgegen intuitiver Annahmen wird just das unter den Bedingungen der neuen, digitalen Öffentlichkeit nicht unbedingt leichter. Jede zusätzliche Internetseite vergrößert das Relevanzproblem der einzelnen Information oder Meinung, die sie unter den Bedingungen gleichsam von „Politik 2.0“²⁶ in die Auseinandersetzung einbringt.

3. Wechselwirkungen und Wechselbäder: Politik und Öffentlichkeit

Globalisierung ist Indikator wie Faktor politischen, wirtschaftlichen, kulturellen wie gesellschaftlichen Strukturwandels. Sie verändert und dynamisiert auch Wissen und Wissensbestand überhaupt. Sie formt zudem die Öffentlichkeit um, deren neue Oberfläche das vielzitierte Web 2.0 darstellt. Seine niederschweligen Gestaltungsmöglichkeiten verändern das politische Betriebssystem: Google (gegründet 1998), Wikipedia (2001), Facebook (2004), YouTube (2005) oder Twitter (2006) wirken auf Politik ein und beschleunigen ihr Tempo zusätzlich. Öffentlichkeit ist zum steten Wechselbad geworden, dessen Temperatur sich ebenso plötzlich wie unvorhersehbar ändert: Hypes auf der einen, Alarmismus auf der anderen Seite verleihen bestimmten Themen ebenso rasch Aufmerksamkeit, wie sie eben diese ins Vergessen stürzen. Die reichlich paradoxe Wortschöpfung der „Rettungsroutine“ hat es in Deutschland gar zum „Wort des Jahres“ 2012 gebracht: In ihr verdichtet sich das mediale Dilemma, dass sich jede Krise augenblicklich als absolute Katastrophe erweist, die durch den folgenden Noteinsatz umgehend wieder marginalisiert und zum relativen Routineakt herabgestuft wird.

Das „Alarmdilemma“²⁷ gehört möglicherweise zu den langfristigen Folgen des Medienwandels, die bislang nur schwer abzusehen sind: Die meisten Prog-

nosen über die Momentgebundenheit der Medien haben sich selbst als allzu momentgebunden erwiesen. Zweifellos aber macht der Medienwandel bereits kurzfristige Entwicklungen sichtbar und intensiver, die auch in den klassischen Medien wie Tageszeiten und Fernsehen seit längerer Zeit bestehen und in gewisser Weise den Übergang von der „Bonner“ zur „Berliner“ Republik²⁸ markieren. Massenmedien verändern „die Politik und die Politiker selbst“.²⁹ Schlagzeilen, Newsticker und Tweets beschleunigen und steigern den schieren Informationsfluss immens und setzen ihn gleichsam absolut – für relativierende Einordnungen bieten die entsprechenden Formate meist schlichtweg zu wenig Raum. Zugleich nötig für den Wettbewerb um Aufmerksamkeit zu spektakulären, oftmals undifferenzierten Stellungnahmen ad hoc, die nur schwer mit der dilatorischen und langfristigen Logik komplexer politischer Prozesse sowie Programme zu vereinbaren sind; mit der enormen Geschwindigkeit multimedialer Nachrichtenzyklen können langfristige Aushandlungsverfahren nicht mithalten. Die klassischen Massenmedien potenzieren solche Wirkungen noch, indem sie gleichsam eine nur selten appetitliche Blütenlese aus so manchem „Shitstorm“ zu betreiben pflegen.

Die neue Aufregungsgesellschaft betrifft die Politik unmittelbar, sodass seit geraumer Zeit „nicht mehr die Programmatik, sondern die Kosmetik“³⁰ zum wichtigsten Metier des Politikers geraten zu sein scheint – doch eben nicht nur die Politik. Vielmehr eröffnen gerade die Sozialen Medien in allen Lebensbereichen neue Aktivitätsfelder, weil sie schon technisch weniger auf passiven Konsum beschränkt sind als klassische Medien. Ihre Nutzer sind oftmals auch Wissensproduzenten, die lokale Kenntnisse zentral verfügbar machen – auch solches Wissen, das Politik verbessern kann, obgleich nicht zwangsläufig muss. Dadurch eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten für Politiker, die schneller und direkter denn je in den Dialog mit Bürgern treten können. Aber es schließen sich auch Diskussionsräume, weil das Internet sich ebenso ausdifferenziert wie die Gesellschaft: Beide sind von Flexibilität (anders gewendet: Beliebigkeit), Selbstorganisation (anders gewendet: Bindungsunwillen) und dezentraler Entscheidungsfindung (anders gewendet: Partikularismus) geprägt. Die „Massenselbstkommunikation“³¹ ist mit kollektiven Gestaltungswünschen ebenso verbunden wie mit schierer individueller Selbstdarstellung. Die vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten des Internets erfüllen die Bedürfnisse einer Gesellschaft, die sich zunehmend außerhalb traditioneller Strukturen organisiert und vom Gedanken der Selbstverwirklichung und -perfektionierung³² angetrieben ist.

Politik muss ungleich stärker als früher als ein Angebot unter vielen in einem unüberschaubaren Medienmarkt um Aufmerksamkeit kämpfen.³³ Jedenfalls versetzen die Sozialen Medien teils zudem heterogene Interessengruppe in die Lage,

sich schnell und professionell zu verbinden; der erhebliche Anstieg an Bürgerinitiativen in den letzten Jahren in Deutschland ist nicht allein durch die veränderte Medienlandschaft, aber wohl kaum gänzlich ohne sie zu erklären. Dass just Bürgerinitiativen sich meist als Ablehnung von parlamentarisch gefassten Beschlüssen (wie etwa bei Stuttgart 21) kristallisieren, zeigt zugleich eine besondere Herausforderung der Politik an. Das neuartige Aktivierungs- und Mobilisierungspotential erhöht den Aktualitätsdruck, der auf der Politik lastet, und resultiert nicht selten in allseitiger Frustration und Ohnmacht – bei Regierenden und Regierten. Erwünschte Volksnähe und verdammter Populismus gehen fließend ineinander über.

Zum zentralen Argument ist Transparenz geworden. In diesem Begriff bündeln sich charakteristische Tendenzen und Herausforderungen moderner Politik, freilich auch Paradoxien. Die Forderung nach bedingungsloser Öffentlichkeit möchte vermeintliche Arkana lüften, steht aber quer zur gleichzeitig gehegten Erwartung, politische Abstimmungsprozesse sollten möglichst effizient vonstattengehen – abgesehen davon gilt: „eine effiziente Regierung ist noch keine an sich gute Regierung“.³⁴ Die Forderung nach möglichst diskursiven Verfahren wiederum kontrastiert mit der Überzeugung, dass die gewünschten Diskurse mit maximaler Beteiligung doch niemals strikt rational³⁵ verlaufen und politische Entscheidungen kaum je zur Zufriedenheit aller getroffen werden können: „Man kann aber einen Industriestaat mit 82 Millionen Einwohnern nicht basisdemokratisch regieren“,³⁶ gesteht selbst Heiner Geißler als ein ausgesprochener Anhänger von Bürgerbeteiligung ein. Die Forderung nach Responsivität der Politiker, die Vorlieben und Interessen am besten aller Bürger zu ihren eigenen Anliegen machen sollen, schließlich verträgt sich kaum mit der allenthalben vorgetragenen Kritik, ebenso inhalts- wie rückgratlose Politiker bezögen ihre Gestaltungsansprüche in machiavellistischer Gesinnung allein aus der jeweils tagesaktuellen Demoskopie.

Dazu bestehen in der Tat Anreize: Unter den Bedingungen der digitalen Vielkanalöffentlichkeit, einer fordernden Öffentlichkeit und sich abschwächender „ideologischer“ Differenzen zwischen den Parteien gewinnt die Orientierung am Medien- und Meinungsmarkt an Bedeutung, während Parteiveranstaltungen und Ortsvereine an Bedeutung verlieren. Massenmediale Beobachtung und Darstellung von Politik konturieren das schwierige Verhältnis zwischen den Bürgern und ihren gewählten Repräsentanten. Das unablässig vorgetragene Loblied auf die Schwarmintelligenz übertönt bisweilen freilich die Erkenntnis, dass sinnvolle Entscheidungen auch „durch konstruktiven Dissens“ entstehen können;³⁷ auf „Konsens und Versöhnung“ lässt sich Politik in der Tat nicht verengen;³⁸ ebenfalls bleibt es dabei, dass sich auch die Politik nicht gänzlich der Logik der Arbeitsteilung entziehen kann, die für moderne Gesellschaften konstitutiv ist. Das

Repräsentativsystem, wie es Benjamin Constant definiert hat, bleibt eine Prokura des Volkes – es „will, daß seine Interessen gewahrt bleiben, hat aber nicht die Zeit, sie immer selbst zu wahren“.³⁹

Das haben manche Autoren in ihren umfassenden Wunschlisten für gute Politik möglicherweise vernachlässigt. Transparenz steht dort obenauf, natürlich auch Mitspracherechte und manches mehr, nicht zuletzt die reichlich problematische Sehnsucht nach dem Quereinsteiger,⁴⁰ der im Gegensatz zum Parteipolitiker immerhin nicht im „Höhenrausch“⁴¹ angelangt sei. Gerade dieser Typus passt ausnehmend gut zu einem schwanengesangsgeneigten Zeitalter, das sich als postideologisch empfindet und doch einer übergeordneten Ideologie aufsitzt: nämlich derjenigen, dass Politik die technisch beste, mit größtmöglicher Expertise erarbeitete Lösung objektiver Probleme zu organisieren habe. Dieser theoretische Fehlschluss, dass sich Politik in Wissen erschöpfe, verfängt nicht einmal in der Praxis, in der ein Quereinsteiger etwa aus der Wissenschaft angesichts seines erheblichen Erfahrungsdefizits alles andere als ein Allheilmittel darstellt.⁴²

Dennoch wird letzterer unverdrossen zum neuen Idealtypus des Politikers stilisiert – in scharfer Abgrenzung zum Parteipolitiker, wie sich versteht und wie manche Politiker selbst verstehen, die solche Haltungen noch befördern, indem sie sich selbst nachgerade als Anti-Politiker⁴³ präsentieren. Manche Regierende kultivieren deshalb seit langem ein „beinahe unwiderstehliches Interesse an der Problematisierung der Politik“.⁴⁴ Solche Typen stützen sich nicht auf Parteien, sondern auf Umfragen. Denn „auf der öffentlichen Meinung allein ruht die Regierung“,⁴⁵ so hat es David Hume bereits im 18. Jahrhundert gedeutet. Daran hat sich nichts geändert und doch alles, weil die öffentliche Meinung in gewisser Weise vom Singular in den Plural getreten ist – solche Sorgen haben den amerikanischen Publizisten Walter Lippmann bereits in den 1920er Jahren beschäftigt:⁴⁶ „Die“ öffentliche Meinung existiert nirgendwo.

Schließlich ist mit der medialen Vielfalt die Vermittlungsabhängigkeit der Politik nicht etwa geschwunden, sondern enorm angestiegen. Die mediale, vor allem visuelle Übersetzung sachpolitischer Positionen und ihre Verknüpfung mit Namen und Gesichtern ist zur zentralen Erfolgsbedingung geworden, die Politiker zu erfüllen bemüht sind. Auch diesem Bedürfnis entspricht ein zunehmend personenzentrierter Regierungsstil.⁴⁷ Selbst die neuerliche wissenschaftliche Konjunktur, die Studien über politische Führung derzeit genießen, hängt damit zusammen: Führung „bietet die probate Gelegenheit, Politik zu personalisieren“.⁴⁸ Das ist insofern folgerichtig und legitim, als Sachpolitik – konkrete Gestaltungsziele, die Suche nach adäquaten Problemlösungen und Steuerungsinstrumenten zur Verfolgung spezifischer Interessen – untrennbar mit Machtpolitik, Machtpolitik

unauflöslich mit Personalpolitik verbunden ist. Der Politiker arbeitet nun einmal „mit dem Streben nach Macht als unvermeidlichem Mittel“.⁴⁹

Doch dergleichen schafft blinde Flecken. Neu ist nicht das Prinzip, wohl aber das schiere Ausmaß, mit dem Programme auf Personen reduziert und umgekehrt die gerade für die repräsentative Demokratie in Deutschland so bedeutenden Prozesse ignoriert, ja sabotiert werden. SMS und andere Formen der Echtzeit-Kommunikation haben beispielsweise den vertraulichen Charakter von Gremiensitzungen aufgehoben – und lassen klassische Verfahren der Konsens- und Kompromissfindung wirkungslos werden, auch hier mit teils paradoxen Effekten, für die es nicht einmal der Indiskretion per Twitter bedarf. Reporter bedrängen Politiker noch bei jedem Gang in den Sitzungssaal mit Mikrofonen, um sich hinterher darüber auszulassen, dass Politiker nun einmal kein Mikrophon auslassen könnten. Reporter drängen Politiker zur Inszenierung mit schneidigen Statements und sonderbaren Posen, um sich hinterher darüber zu mokieren, dass Politiker nur noch große Auftritte statt kleinteilige Sacharbeit betrieben. Reporter fördern durch entsprechende Fragen Inkonsistenz in politischen Aussagen, um sie sogleich zu beklagen. Pointiert formuliert: „Medien erzeugen erst die Hinterzimmerpolitik, die sie kritisieren“.⁵⁰ Es ist nur folgerichtig, wenn Politiker den mühseligen, arbeitsintensiven Bohrer aus der Hand legen und zur raschen, bloßen Oberflächenpolitik übergehen: Der individuellen Karriere nutzt meist der Trend zu „symbolischen Handlungen, zu Maßnahmen, die Folgen suggerieren, die sie nicht haben, oder an Ergebnissen orientiert sind, die nur noch innerhalb des politischen Prozesses einen Wert bekommen“.⁵¹ Der Politik schadet sie indes.

4. Zwischen Hochmut und Kleinmut

Die internationale wie nationale Funktions- und Handlungsfähigkeit der Demokratie ist angesichts der mannigfachen Herausforderungen also in den Mittelpunkt von grundsätzlichen Debatten geraten, die den Primat der Politik respektive seine Wiederherstellung beschwören⁵² – mitunter nachgerade kompensatorisch. Kaum je war die Gewissheit größer, Politik müsse handeln, kaum je die Ungewissheit, wie sie das tun solle. Kaum je waren die Anforderungen an Politik umfassender als heute, kaum je ihre unmittelbare Macht geringer: „Sie gebärdet sich kraftmeierisch, ohne wirklich Kraft zu besitzen“.⁵³ Gesellschaftliche Ansprüche und konkrete Wirkungsmöglichkeiten klaffen derart auseinander, dass manchen Politikern ihr Auftritt als „Maulhelden“ kaum mehr vorzuwerfen ist, „deren Rhetorik oft umso forscher und lautstärker ausfällt, je glückloser sie agieren und desto weniger sie ausrichten können“.⁵⁴

Vor lauter Pfadabhängigkeit gerät in Vergessenheit, dass man manch' ausgetretene Pfade auch verlassen kann. Die Ohnmacht ist oftmals nur eine vermeintliche, die imaginierten Zwangsläufigkeiten übertreffen die wirklichen bei weitem. Politiker selbst und die Gesellschaft halten gerade angesichts des enormen Wissenswachstums jedoch jene Uneindeutigkeit und Widersprüchlichkeit immer weniger aus, die komplexen Systemen innewohnt. „Unter Umständen wartet man dann so lange, daß es zum Handeln oder zur Vermeidung unerwünschter Folgen zu spät ist. Je nach Struktur und Komplexität eines Systems besteht sogar die Möglichkeit, dass mehr Kenntnisse die Unsicherheit überhaupt nicht vermindern“.⁵⁵ Das mag so sein, rührt aber nicht an das eigentliche „Geheimnis“ von Politik. Es besteht darin, „daß es kein Geheimnis gibt und daß es auch keines geben kann“, warum manche Politiker erfolgreich sind, andere hingegen nicht: politisches Geschick „hat eher mit Verstehen zu tun als mit Wissen“, wie Isaiah Berlin resümiert hat.⁵⁶ Und es besteht vielleicht auch darin, dass erfolgreiche Politik niemals absolut erfolgreich ist, sondern stets nur relativ – wie es umgekehrt auch für politisches Scheitern gilt.⁵⁷

Vermeintliche Sachzwänge, die sich obendrein von Tag zu Tag ändern, haben Politikern und Bürgern gleichsam die Atemluft genommen: Kaum ist das erste Rettungspaket geschnürt, wird bereits der nächste Schutzschirm aufgespannt. Zukunftsorientiertes Handeln, so etwas wie langfristige Rationalität im Umgang mit den großen Herausforderungen unserer Zeit und die Suche nach der großen Lösung treten gegenüber einem ultrapragmatischen, an den jeweiligen Moment gebundenen Klein-Klein zurück, dem parteipolitische Motive, Wahltermine und Karriereinteressen das Gepräge geben. So scheint es. Aber so ist es eben nicht. Bereits die Wahrnehmung namentlich der gegenwärtigen Euro-Krise ist verzerrt, ja trügerisch – beispielsweise indem sie verkennt, dass gerade die europäische Integration nach den Zweiten Weltkrieg nur im Rückblick eine lineare Erfolgsgeschichte darstellt: Tatsächlich hat es stets mehr Sackgassen als Entwicklungsaufbahnen gegeben.⁵⁸ Überhaupt lässt sich die Geschichte der Demokratie insgesamt auch als regelrechte „Krisengeschichte“⁵⁹ auffassen, schon weil Demokratie sich selbst unentwegt in Frage stellt.

Daraus soll wahrlich keine Einladung zu Larmoyanz folgen, wohl aber eine Überprüfung der Ansprüche, mit denen Politik überladen wird. Gerade historische Relativierungen schaffen im Zeitalter der Beschleunigung dringend nötige Reflexionsräume und weisen nach, welche Vorzüge und Nachteile sich in der von Karl Popper geprägten Bezeichnung des Politikers als „Stückwerk-Ingenieur“⁶⁰ verbinden. Zwar kann entsprechende Demut nicht genug gepriesen werden, die Politiker vor Reformen mit solcher Komplexität zurückschrecken lässt, dass sie

nicht mehr wissen, worüber sie eigentlich beschließen: Politik ist keine mechanische Ingenieurskunst. Doch rasch kippt eine derart sympathische Demut in Passivität: Respekt vor der enorm angewachsenen Komplexität der Welt darf nicht zur Preisgabe politischer Gestaltungsansprüche führen. Sie ist spätestens dann erreicht, wenn selbst Politiker ihresgleichen nicht mehr das Wissen zutrauen, an welchem Stück sie gerade werkeln.

Ein Sonderproblem der Politik verbirgt sich hinter dieser Tendenz gleichwohl nicht: Orientierung ist in einer beschleunigten Welt allenthalben schwieriger geworden, die immer mehr und dadurch zugleich immer weniger weiß. Aber der Politik droht ein besonders schwerwiegender Substanzverlust. Groß sind nämlich die Verheißungen von Spin und Inszenierung – und umso größer, eben weil die Welt immer komplexer wird. Doch alle nötige Komplexitätsreduktion darf weder zur Simplifizierung noch zur Preisgabe des Gestaltungsanspruches führen, den Diagnosen der „Postdemokratie“ bereits feststellen zu können meinen. Gerade in pluralistischen (anders gesagt: maximal individualisierten) Demokratien zieht Politik „mehr als jedes andere System Erwartungen und Ansprüche auf sich, die sich allesamt von ihr etwas erhoffen, was sie ihnen so kaum geben kann, nämlich die universale Geltung partikularer Anliegen“.⁶¹ Zwischen Hochmut und Kleinmut schwankt die Einschätzung moderner Politik; dabei ist sie kein ad hoc angesetztes Wunschkonzert, sondern steter Interessenausgleich, nicht zuletzt zwischen den Generationen. Er muss nachhaltig gelingen. Darin besteht die Zukunftsfähigkeit der repräsentativen Demokratie,⁶² die sie vor allen anderen Regierungssystemen auszeichnet.

5. Politik als Beruf: Vom Knüpfen gordischer Knoten

Die Anforderungen an Politik als Beruf sind seit Max Webers berühmten Vortrag aus dem Jahre 1919 in vielen Prinzipien die gleichen geblieben. Aber in manchem haben sie sich auch erheblich gewandelt.⁶³ Aus der von Weber so harsch kritisierten Eitelkeit, der „Todfeindin aller sachlichen Hingabe und aller Distanz“,⁶⁴ ist angesichts des Medienwandels durchaus eine „Notwendigkeit, keine Sünde – und auf jeden Fall Politik“⁶⁵ geworden. Gewiss wäre zu wünschen, Tugend bemächtigte sich der Politik. Aber zu erwarten steht das im 21. Jahrhundert ebenso wenig wie zu anderen Zeiten. Von diesem Gedanken hat sich die Neuzeit prinzipiell weit entfernt, indem sie Personen in Institutionen statt Personen allein in den Blick genommen und dadurch Tugend und Laster gleichsam für die Politik irrelevant gemacht hat.⁶⁶ In der Tat gilt unverändert Immanuel Kants Einschätzung: „Daß Könige philosophieren, oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu er-

warten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt⁶⁷. Umgekehrt steht auch nicht zu erwarten, dass auf einmal ganze Nationen von Philosophen entstehen,⁶⁸ wie die Federalists eingewandt haben: Verfassungen darf man weder einer Teufelsbande noch einer Engelschar auf den Leib schneiden, informelle Prozesse ebenso wenig.

Auf Tugend von Bürgern und Politikern allein kann sich erfolgreiche Politik im Deutschland des 21. Jahrhunderts nicht verlassen, auch nicht auf spezifische Eigenschaften oder Fähigkeiten, seien es Charaktermerkmale oder Führungsstile: Was erfolgreiche politische Führung ausmacht, bestimmt letztlich die jeweilige Situation.⁶⁹ Erfolgreiche Politik erschöpft sich auch nicht in Strukturen und Prozessen: Sie wird nicht von Institutionen, Regierungssystemen oder anderen Regelungsmechanismen gemacht, sondern eben von Menschen, von solchen mit und solchen ohne Mandat. Diese müssen die Durchsetzung und Vermittlung ihrer Ziele im Blick behalten, Mehrheiten organisieren und absichern, Widerstände antizipieren, Kompromissmöglichkeiten und Bündnisse ausloten. An der besonderen Relevanz von Governance als „Spektrum von Möglichkeiten des koordinierten kollektiven Handelns“⁷⁰ besteht kein Zweifel, ebenso wenig wie an der Schlüsselbedeutung von strategischer politischer Kommunikation,⁷¹ die idealiter über bloße Augenblicksbedürfnisse hinausweist. In der politikwissenschaftlichen Debatte vielleicht bisweilen übergewichtet, werden diese scheinbar rein technischen Aspekte in der politisch-gesellschaftlichen Debatte chronisch unterschätzt – hier dominieren Werte, die zum „Joker für politische Reden und Talkrunden“ avanciert sind: „Um was immer es geht, für ‚Besinnung auf Werte‘ kassiert man eine Runde Kopfnicken“⁷².

Deshalb stellt der vorliegende Sammelband Wertfindung, Prozessorientierung und Kommunikationsgestaltung nebeneinander. Erfolgreiche Politiker müssen gleichzeitig Inhalte erwägen, vielseitige Kommunikation pflegen und geeignete Verfahren nutzen. Vor allem aber brauchen sie ein Bewusstsein für Kontingenz: Zumal in interdependenten Zeiten der Globalisierung müssen Politiker flexibel auf das Ungeplante als Normalfall reagieren, ohne dabei ihre Zweckbestimmung aus den Augen zu verlieren und in bloßer Technokratie zu enden. Die besten Mittel und Wege helfen nicht, wenn keine klaren Ziele und Werte ermittelt werden – und das wiederum gelingt nur, wenn ein gewisser Interessenausgleich gewährleistet ist: Werte verschleiern bisweilen Interessen, hochklingende Phrasen verdecken mitunter niedere Ziele.⁷³

Auch erfolgreiche Politik bleibt nun einmal „Wille und nicht Wahrheit“⁷⁴, bleibt immer auch Auseinandersetzung. Sie will gestalten, braucht dabei aber Bescheidung. Sie muss stets offensiv sagen, was sie kann – und vor allem, was sie

nicht kann. Denn massiver Zustimmungsverlust droht, wenn ein Staat „für alle Lebensumstände seiner Bürger für verantwortlich gehalten wird“.75 Dafür sind weder ein einzelner Staat noch die Gesamtheit aller Staaten zuständig, Globalisierung, Komplexität und Interdependenzen hin oder her. Diese Ohnmacht muss sich Politik eingestehen, um die Macht des Politischen zu bekräftigen.

Grenzen wie Möglichkeiten von Politik lotet denn auch der vorliegende Sammelband aus. Pointierte Analysen und zugespitzte Erfahrungsberichte zeigen Facetten erfolgreicher Politik auf und erkunden, was politisches Handeln in Deutschland im 21. Jahrhundert prägt. Planbarkeit ist es gewiss nicht, schon gar nicht im Detail. Deshalb maßt sich dieser Sammelband nicht an, spezifische Maximen oder handwerkliche Kniffe zu privilegieren. Aber er nimmt sich vor, Politik so kompliziert zu schildern, wie sie nun einmal sein muss – auch wenn kompliziertes Handeln nicht immer Ruhm bringt, wie Erich Kästner es einmal in geradezu Brecht'scher Manier geschildert hat: „Den unlösbaren Knoten zu zersäbeln, gehörte zu dem Pensum Alexanders. Und wie hieß jener, der den Knoten knüpfte? Den kennt kein Mensch. (Doch sicher war es jemand anders)“.76 Erfolgreiche Politiker lösen gordische Knoten, aber sie bewirken auch solche, knüpfen sie. Sie reduzieren Komplexität nicht, sondern vollziehen sie gestaltend nach. Dafür möchte der vorliegende Band Verständnis wecken, indem er die Eigenheiten von Politik in Deutschland als Momentaufnahme abbildet, die zugleich über den Moment hinausweist.

Erfolgreiche Politik stellt in seinem Verständnis eben keine Fortsetzung von Wissen und Wissenschaft mit anderen Mitteln dar. Selbst „die hochgefragten Cagliostros der wissenschaftlichen Politikberatung“ können Ethik und Politik nicht in Wissenschaft umwandeln.⁷⁷ Schon aus diesem Grunde vermag der vorliegende Band nicht zu sagen, worin erfolgreiche Politik im Einzelnen besteht: Ihre wesentlichen Herausforderungen sind situativ, ihre wesentlichen Fragestellungen wiederum sind normativ. Gleichwohl vermag er Hinweise zu geben, wie solche Fragen gestellt und in welchen Prozessen sie beantwortet werden können.

Erfolgreiche Politik kann erst gelingen, wenn sie auf den Begriff gebracht wird. Sie auf den Begriff zu bringen, wie es die folgenden Beiträge versuchen, ist bereits ihre wesentliche Voraussetzung. Erfolgreiche Politik nämlich muss unterschieden werden von Politikern, die bloß erfolgreich sind. Das gelingt vom normativen Referenzpunkt des Gemeinwohles aus, an dessen Realisierung sich politisches Handeln in der Demokratie messen lassen muss. Weniger als individuelles Movens denn als universeller Maßstab politischer Prozesse und Ergebnisse ist das Gemeinwohl als moralischer Leitbegriff dabei jedweden anderen Legitimationsressourcen überlegen; Gerechtigkeit schließt es selbstverständlich in sich

ein,⁷⁸ auch Freiheit ist in seinem Begriff integriert, es definiert, welche Interessen als legitim anerkannt und verfolgt werden – nicht schiere Interessen, sondern deren Bewertung schafft die Währung des Gemeinwesens. Erfolgreiche Politik steht unter Gemeinwohlvorbehalt mit demokratischen Standards. Das beinhaltet in einer keineswegs widerspruchsfreien Minimalkonzeption, erstens das Mitbestimmungsrecht des einzelnen an den für alle geltenden Entscheidungen und zweitens seinen Anspruch zu sichern, in allen ihn treffenden Belangen berücksichtigt zu werden.⁷⁹ Deshalb ist Politik ein so anspruchsvoller Beruf – und eine so ansprechende Berufung.

- 1 Arendt, Hannah: Was ist Politik?: Fragmente aus dem Nachlass, hrsg. von Ursula Ludz, München/Zürich 1993, S. 13.
- 2 Humboldt, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen [1792], in: Werke in fünf Bänden, hrsg. von Andreas Flitner / Klaus Giel, Band 4, Darmstadt 1960, S. 56-233, hier: S. 57.
- 3 Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Staat, Gesellschaft, Freiheit: Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1976, S. 60.
- 4 So das Urteil Nicholas Sterns, zitiert nach: Leggewie, Claus / Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten: Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt am Main 2009, S. 102.
- 5 Auf die besondere Bedeutung rasch anwachsender Mobilität bereits im 19. Jahrhundert verweist: Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt: Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2011, S. 1290.
- 6 Zur Einführung siehe etwa: Mainzer, Klaus: Komplexität, Stuttgart 2008.
- 7 Komplexität stammt von einem lateinischen Verbum ab (complegi), genauer gesagt von einem Deponens, das nur im Passiv existiert und doch entschiedene Aktivität des Subjekts bedeutet.
- 8 Sassen, Saskia: Das Paradox des Nationalen: Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter, Frankfurt am Main 2008, S. 8.
- 9 Bodin, Jean: Über den Staat, hrsg. von Gottfried Niedhart, Stuttgart 1976, S. 19 (I, 8).
- 10 Colliot-Thélène, Catherine: Demokratie ohne Volk, Hamburg 2011, S. 233.
- 11 Rosa, Hartmut: Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main 2005, S. 415.
- 12 Gerade die immense „Informationsanhäufung“ und „Kommunikationsüberlastung“ gibt in gewisser Weise Anlass, einen „Mythos Wissensgesellschaft“ zu problematisieren – Kübler, Hans-Dieter: Mythos Wissensgesellschaft: Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen. Eine Einführung, Wiesbaden 2009, S. 201.
- 13 Schlecht, Otto: Staatsverschuldung – ein Übel?, in: Bulletin der Bundesregierung, 04. Mai 1968, S. 442-444, hier: S. 443.
- 14 Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung: Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007, S. 184ff.

- 15 Musil, Robert: Gesammelte Werke, Band 1: Der Mann ohne Eigenschaften, hrsg. von Adolf Frisé, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 16.
- 16 Bereits klassisch geworden ist zum Beispiel: Stiglitz, Joseph E.: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2003.
- 17 Bhagwati, Jagdish: Verteidigung der Globalisierung: Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, München 2008.
- 18 Funk, Albert: Föderalismus in Deutschland: Vom Fürstentum zur Bundesrepublik, Paderborn 2010, S. 30.
- 19 Heuss, Theodor: Die großen Reden: Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 91.
- 20 Siehe etwa: Wagschal, Uwe (Hrsg.): Deutschland zwischen Reformstau und Veränderung: Ein Vergleich der Politik- und Handlungsfelder, Baden-Baden 2009.
- 21 Walter, Franz: Im Herbst der Volksparteien?: Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009, S. 10.
- 22 Die populäre, aber wenig differenzierte Rede von der „politischen Klasse“ führt etwa lautstark: Arnim, Hans-Herbert von: Volksparteien ohne Volk: Das Versagen der Politik, München 2009, S. 12.
- 23 Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik: Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002, S. 479f.
- 24 Braun, Stephan / Geisler, Alexander: Die verstimmte Demokratie: Perspektiven auf gestern, heute und morgen, in: Braun, Stephan / Geisler, Alexander (Hrsg.): Die verstimmte Demokratie: Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden 2012, S. 9-32, hier: S. 17.
- 25 Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John: Die Federalist-Artikel: Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter, hrsg. von Angela Adams und Willy Paul Adams, Paderborn 1994, S. 197 (Nr. 35).
- 26 Dazu siehe etwa: Bieber, Christoph (Hrsg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012.
- 27 Siehe: Schulze, Gerhard: Krisen: Das Alarmdilemma, Frankfurt am Main 2011.
- 28 Gross, Johannes: Begründung der Berliner Republik: Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995, S. 92f; Hachmeister, Lutz: Nervöse Zone: Politik und Journalismus in der Berliner Republik, München 2007, S. 24.
- 29 Darauf hat die leider viel zu früh verstorbene Tissy Bruns in ihrem enthusiastischen Bestreben, als kritische Journalistin gute und erfolgreiche Politik zu bewirken, unaufhörlich aufmerksam gemacht: Bruns, Tissy: Republik der Wichtigtuere: Ein Bericht aus Berlin, Freiburg im Breisgau 2007, S. 116.
- 30 Postman, Neil: Wir amüsieren uns zu Tode: Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie, Frankfurt am Main 1992, S. 13.
- 31 Castells, Manuel: Communication, Power and Counter-power in the Network Society, in: International Journal of Communication, 1 (2007), S. 238-266, hier: S. 246.
- 32 Wie dabei die Therapie zu einem „emotionalen Stil“ geworden ist, zeigt: Illouz, Eva: Die Errettung der modernen Seele: Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe, Frankfurt am Main 2009, S. 28ff.
- 33 Siehe etwa: Nolte, Kristina: Der Kampf um Aufmerksamkeit: Wie Medien, Wirtschaft und Politik um eine knappe Ressource ringen, Frankfurt am Main 2005.
- 34 Bobbio, Norberto: Ethik und die Zukunft des Politischen, Berlin 2009, S. 57.

- 35 Simon, Herbert A.: Rationality in Political Behavior, in: *Political Psychology*, 16 (1995), S. 45-61.
- 36 Geißler, Heiner: *Ou Topos: Suche nach dem Ort, den es geben müsste*, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 165.
- 37 Miller, Peter: *Die Intelligenz des Schwarms: Was wir von Tieren für unser Leben in einer komplexen Welt lernen können*, Darmstadt 2010, S. 252.
- 38 Mouffe, Chantal: *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt am Main 2007, S. 8.
- 39 Constant, Benjamin: *Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Heutigen*, in: *Werke*, Band 4, hrsg. von Lothar Gall, Berlin 1972, S. 363-396, hier: S. 392.
- 40 So etwa bei: Weizsäcker, Beatrice von: *Warum ich mich nicht für Politik interessiere...*, Bergisch Gladbach 2009, S. 205.
- 41 Leinemann, Jürgen: *Höhenrausch: Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker*, München 2004.
- 42 Richter, Emanuel: *Was ist politische Kompetenz?: Politiker und engagierte Bürger in der Demokratie*, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 163; Lorenz, Robert / Micus, Matthias: *Die flüchtige Macht begabter Individualisten*, in: Lorenz, Robert / Micus, Matthias (Hrsg.): *Seiteneinsteiger: Unkonventionelle Politiker – Karrieren in der Parteiendemokratie*, Wiesbaden 2009, S. 487-504, hier: S. 503.
- 43 Lohse, Eckart / Wehner, Markus: *Gutenberg: Biographie*, München 2011, S. 365.
- 44 Gross, Johannes: *Unsere letzten Jahre: Fragmente aus Deutschland 1970-1980*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1982, S. 73.
- 45 Hume, David: *On the First Principles of Government*, in: *Essays: Moral, Political, and Literary*, hrsg. von Eugene E. Miller, Indianapolis 1987, S. 32-36, hier: S. 32.
- 46 *Klassisch und bis heute lesenswert ist: Lippmann, Walter: Public Opinion*, New York 1922.
- 47 Jun, Uwe: *Populismus als Regierungsstil in westeuropäischen Parteiendemokratien: Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, in: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 233-254, hier: S. 247.
- 48 Walter, Franz: *Charismatiker und Effizienzen: Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 2009, S. 378.
- 49 Weber, Max: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf 1919*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen / Wolfgang Schluchter, Tübingen 1994, S. 35-88, hier: S. 74 [Hervorhebung im Original].
- 50 Klöckner, Julia: *Ein Fall für Zwei – Was Journalisten und Politiker verbindet*, in: Illner, Maybrit / Schumacher, Hajo (Hrsg.): *Schmierfinken: Politiker über Journalisten*, München 2009, S. 57-67, hier: S. 62.
- 51 Möllers, Christian: *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*, Berlin 2008, S. 59.
- 52 *Zur Entfesselung der Märkte und grundsätzlich zur Diffusionswirkung, die dem Finanzmarkt eigene Erwartungen auf andere gesellschaftliche Handlungsbereiche haben*, siehe: Langenohl, Andreas / Wetzel, Dietmar J. : *Die Entgrenzung von Nicht-Sinn: Zur Konzipierung entfesselter Finanzmärkten*, in: Kraemer, Klaus / Nessel, Sebastian (Hrsg.): *Entfesselte Finanzmärkte: Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus*, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 63-81.
- 53 Münkler, Herfried: *Die Kunst der Grenzziehung*, via: <http://www.fr-online.de/doku---debatte/kolumne-die-kunst-der-grenzziehung,1472608,2848808.html>, Stand: 12. Februar 2013.
- 54 Baumann, Zygmunt: *Flüchtige Zeiten: Leben in der Ungewissheit*, Hamburg 2008, S. 126.

- 55 Mitchell, Sandra: Komplexitäten: Warum wir erst anfangen, die Welt zu verstehen, Frankfurt am Main 2008, S. 113.
- 56 Berlin, Isaiah: Wirklichkeitssinn, in: Wirklichkeitssinn: Ideengeschichtliche Untersuchungen, hrsg. von Henry Hardy, Berlin 1998, S. 31-90, hier: S. 81.
- 57 Forkmann, Daniela / Richter, Saskia: Wenn politische Führung scheitert: Eine Einleitung, in: Forkmann, Daniela / Richter, Saskia (Hrsg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten: Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 15-26, hier: S. 25.
- 58 Knipping, Franz: Rom, 25. März 1957: Die Einigung Europas, München 2004, S. 16.
- 59 Nolte, Paul: Was ist Demokratie?: Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 19.
- 60 Popper, Karl: Das Elend des Historizismus, Tübingen 2003, S. 59.
- 61 Hellmann, Kai-Uwe: Gemeinwohl und Systemvertrauen – Vorschläge zur Modernisierung alteuropäischer Begriffe, in: Münkler, Herfried / Fischer, Karsten (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn: Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung, Berlin 2002, S. 77-109, hier: S. 104.
- 62 Zur Einführung eignet sich etwa: Höffe, Otfried: Ist die Demokratie zukunftsfähig?: Über moderne Politik, München 2009.
- 63 Palonen, Kari: Eine Lobrede für Politiker: Ein Kommentar zu Max Webers „Politik als Beruf“, Opladen 2002, S. 135.
- 64 Weber: Wissenschaft als Beruf 1917/1919, Politik als Beruf 1919, S. 74.
- 65 Blome, Nikolaus: Faul, korrupt und machtbesessen?: Warum Politiker besser sind als ihr Ruf, Berlin 2008, S. 21.
- 66 Matz, Ulrich: Über politische Untugenden als Hemmnisse des Regierens im demokratischen Verfassungsstaat: Einige allgemeine Bemerkungen und eine Kritik an der Bundesrepublik, in: Hennis, Wilhelm / Kielmansegg, Peter Graf / Matz, Ulrich (Hrsg.): Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Band 2, Stuttgart 1979, S. 211-232, hier: S. 213f.
- 67 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden, in: Werke in sechs Bänden, Band 6: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Darmstadt 1964, S. 193-251, hier: S. 228 (AA VIII, 369). Oder mit Lord Acton sprichwörtlich formuliert: „Macht neigt zur Korruption, und absolute Macht korrumpiert absolut. Große Menschen sind beinahe immer böse Menschen [...]“ („Power tends to corrupt, and absolute power corrupts absolutely. Great men are almost always bad men [...]“) – John Emerich Edward Dalberg, Lord Acton, an Bischof Mandell Creighton, Cannes, 05. April 1887, in: Acton-Creighton Correspondence (1887), via: http://files.libertyfund.org/files/2254/Acton_PowerCorrupts1524_EBk_v6.0.pdf, Stand: 12. Februar 2013, S. 9.
- 68 Hamilton / Madison / Jay: Die Federalist-Artikel, S. 307 (Nr. 49).
- 69 Helms, Ludger: „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem, in: Politische Vierteljahresschrift, 41 (2000), S. 411-434, hier: S. 428.
- 70 Benz, Arthur u. a.: Einleitung, in: Benz, Arthur u. a. (Hrsg.): Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden 2007, S. 9-25, hier: S. 14.
- 71 Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland: Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 2011, S. 351.
- 72 Miersch, Michael: Werte, in: Joffe, Josef u. a. (Hrsg.): Schöner Denken: Wie man politisch unkorrekt ist, München 2010, S. 167.
- 73 Straub, Eberhard: Zur Tyrannei der Werte, Stuttgart 2010, S. 13.

-
- 74 Robert Musil: Das Konvolut <Germany>, in: Amann, Klaus: Robert Musil – Literatur und Politik: Mit einer Neuedition ausgewählter politischer Schriften aus dem Nachlass, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 202-230, hier: S. 225.
- 75 Kielmansegg, Peter Graf: Demokratieprinzip und Regierbarkeit, in: Hennis, Wilhelm / Kielmansegg, Peter Graf / Matz, Ulrich (Hrsg.): Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Band 1, Stuttgart 1977, S. 118-149, hier: S. 124.
- 76 Kästner, Erich: Werke, Band 1: Zeitgenossen, haufenweise / Gedichte, hrsg. von Harald Hartung, München 2004, S. 275.
- 77 Hennis, Wilhelm: „Suchet der Stadt Bestes...“: „Politik als Beruf“ in der Berliner Republik, in: Kaiser, André / Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung: Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 317-332, hier: S. 328.
- 78 Ladwig, Bernd: Liberales Gemeinwohl: Von der Schwierigkeit einer Idee und ihrem Verhältnis zur Gerechtigkeit, in: Münkler, Herfried / Bluhm, Harald (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn: Zwischen Normativität und Faktizität, Berlin 2002, S. 85-112, hier: S. 109.
- 79 Kielmansegg, Peter Graf: Gemeinwohl durch politischen Wettbewerb, in: Arnim, Hans Herbert von / Sommermann, Karl-Peter (edd.): Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung, Berlin 2004, S. 125-134, hier: S. 126.

Vom Wesen und Unwesen erfolgreicher Politik – ein Versuch

Georg Eckert

„Alle politische Leben, es sei denn, sie werden unvermittelt an einem glücklichen Augenblick abgeschnitten, enden im Versagen. Denn so ist nun einmal die Natur der Politik und der menschlichen Dinge“.¹ Vom Unwesen erfolgreicher Politik kündete Enoch Powell. Derart lakonisch bezweifelte der exzentrische Tory im britischen Unterhaus in den 1970er Jahren, dass Politiker und Politik jemals erfolgreich sein könnten. Der streitlustige und an Niederlagen gewohnte Powell schuf so eine ironische Distanz nicht nur zu sich selbst, sondern zum Abgeordnetensein überhaupt. Abgeordnete leben immerhin von Erfolgen, die sie für sich behaupten und spätestens im nächsten Wahlkampf für sich geltend machen können. Erfolgsmeldungen gehören zum kleinen Einmaleins der politischen Rhetorik. Reden, Interviews, Artikel und Autobiographien berichten in aller Regel von Erfolgen, die sich geradezu in Serienfertigung ergeben hätten – und nehmen Erfolge für sich in Anspruch, die oftmals nicht nur als solche umstritten sind, sondern eben auch von anderen reklamiert werden. Kuriose Neubewertungen stellen vielleicht sogar mehr die Regel als die Ausnahme dar. Beispielsweise bezog sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bisweilen affirmativer auf die Reformmaßnahmen der Agenda 2010 als ihre rot-grünen Urheber während, ganz zu schweigen: nach der Kanzlerschaft ihres Amtsvorgängers Gerhard Schröder. Nachruhm und Erfolg sind oft nur ein raffiniertes Plagiat, das freilich nicht geahndet werden kann. Das liegt im Wesen erfolgreicher Politik.

Auch die Öffentlichkeit beteiligt sich stets rege an dem, was zunächst einmal ein spannendes Sprachspiel ist: an Einschätzungen, welche Politiker gerade erfolgreich seien, und an Erklärungen, welchen Lernerfolgen sich solches verdanke. Anerkennung sucht stets und findet bisweilen derjenige Politiker, der etwas „verstanden“ habe. Derartige Deutungen sind meist im Geiste des Bildungsromanes gehalten, dessen Protagonist aus Irrtümern vor allem die Lehre zieht, sie künftig zu vermeiden, und daher zuverlässig einen Erfolg nach dem anderen erlebt. Ein (vorwiegend auto-) memoriales Erfolgs-Streben ist Politikern schlechterdings nicht vorzuwerfen, die nicht minder von der biographischen Illusion² geprägt sind als die gesamte moderne Gesellschaft. In ihrem Geist muss sich das einzelne Le-